



Die Bürger zeigten sich verärgert über das Verhalten der Kirche.



Kirchenpfleger Josef Roßmeier zeigte sich eher verhalten in seinen Erklärungen.

Die Kirche soll endlich Farbe bekennen

Starke Kritik an Verzögerungstaktik in punkto „Wohn- und Pflegeheim“



Der Sprecher der Bürgerinitiative verlas das Ergebnis der Meinungsumfrage.



Bürgermeister Rost führte die Diskussionsrunde.

Gottfrieding. Die Aula der Schule war vollbesetzt, als die Bevölkerung sich bei der Gemeinderatssitzung am Montag zum Thema „Wohn- und Pflegeheim“ äußern konnte. Der Unmut ist groß, dass bis heute nicht klar ist, wer seitens der Kirche zuständig ist und auch kein triftiger Grund genannt wurde, warum der für das Pflegeheim benötigte Teil aus dem Pfründegrundstück nicht zur Verfügung gestellt wird, obwohl gemäß der von der Bürgerinitiative durchgeführten Umfrage 95 Prozent für das Pflegeheim sind. Dies schürt natürlich die Vermutung, dass die Kirche ihr eigenes Stüppchen kochen will – ohne ihre Schäfchen. Gemeinderatsvorsitzender Bürgermeister Rost und der Sprecher der Bürgerinitiative Schmidbauer standen zu allen Fragen Rede und Antwort.

Nicht der Glaube an Gott, sondern der Glaube an die Institution Kirche und insbesondere deren örtliche Vertreter und in der Diözese Regensburg hat die Mehrheit der Bürger und Bürgerinnen in ihren Grundfesten erschüttert – in Gottfrieding gerät zusehends der Friede zwischen Gemeinde und Kirche ins Wanken. Diesen Eindruck gewann man bei der Gemeinderatssitzung am Montag, als die verärgerten Bürger eine Entscheidung der Kirche in Bezug auf das Pfründegrundstück forderten, auf dem ein Investor ein Wohn- und Pflegeheim errichten will. Die Palette der Begründungen der Kirchenvertreter reichte bisher von kein Bedarf, „Wunschdenken einiger könne nicht stattgegeben werden“ über „die Nachhaltigkeit des Stiftungszweckes muss vorrangig gesichert sein“ bis hin zur „Unterbelegung in anderen Seniorenheimen“. Die Aussage von Kirchenpfleger Josef Roßmeier, dass in Leiblfing noch 28 Plätze frei sind und „das Seniorenheim in Landau“ nur zur Hälfte belegt sei, entspricht nach Recherchen nur teils der Wahrheit: Das Bürgerspital ist voll ausgelastet und das AWO-Seniorenzentrum wurde erst Mitte 2010 fertiggestellt. Dies deckt sich wiederum mit der Aussage des Investor-Vertreters WOB-Immobilien Gerhard Petschko bei der Bürgerversammlung, dass ein neues Pflegeheim bis zu zwei Jahre braucht, bis es voll belegt ist.

Der „schwarze Peter“ was die Zuständigkeit betrifft, wird seitens der Kirche rund ein Vierteljahr hin und her geschoben. Laut jüngsten Schreiben des Bistums obliegt die Prüfung der örtlichen Kirchenverwaltung. Diese gibt ihn derzeit an

ihren Vorsitzenden Pfarrer George Parankmalil weiter, der zwar ein Befürworter des Seniorenheimes ist, aber alleine nicht entscheiden kann. Der Pfarrgemeinderat, der kein Entscheidungsrecht hat, aber von seinem Mitspracherecht Gebrauch machen will, bezeichnete das geplante Pflegeheim als „Seniorenfabrik“ obwohl inzwischen festgestellt wurde, dass das Gros der Bürger ein Seniorenheim in Gottfrieding als Segen betrachten würde. Auch die Mindestgrößenordnung von 90 Pflegeplätzen, wie von Gerhard Petschko vorgestellt, erachtete man als wirtschaftlich sinnvoll, zumal allgemein eine Zunahme an zu pflegenden und älteren Menschen in den

nächsten Jahren prognostiziert werde. Laut Bürgerbrief sind 336 von 2100 Einwohnern mit gemeldeten Hauptwohnsitz in Gottfrieding bereits 66 Jahre und älter. In der Altersklasse von 60 bis 65 Jahre sind es 119 Einwohner. Also über ein Fünftel sind Senioren. Bürgermeister Rost und der Sprecher der Bürgerinitiative Georg Schmidbauer verwehrten sich vehement gegen die Unterstellung der Kirche, man habe bei der Bürgerbefragung die Bürger dahingehend beeinflusst, aus der Kirche auszutreten. Festgestellt wollte man des Weiteren wissen, dass Georg Schmidbauer nicht in seiner Funktion des Zweiten Bürgermeisters der Gemeinde die Bürgerinitiative leitet. Die Umfrage war lediglich eine Meinungsbekundung von insgesamt 1065 befragten mündigen Bürgern. Davon stimmten 1012 für das Pflegeheim auf dem Pfründegrundstück und die anderen 53 haben nicht unterschrieben und damit klar ihre Contra-Position zum Ausdruck gebracht.

„Es ist doch egal wie es den Alten und Pflegebedürftigen geht – Hauptsache sie sind verräumt“ dieser Aussage, die er irgendwann mal gehört habe, wollte sich Diakon Franz Lammer im Rahmen der Diskussion nicht anschließen, er will „dass es ihnen gut geht und dass sie dort sind, wo es ihnen auch gefällt“. Das ist aber offensichtlich nicht in der Mitte des Dorfes und nicht neben der Kirche, sonst würde er sich

nicht intensiv nach einem Alternativ-Grundstück bemühen. Er befürchte, dass die Leute die Heimkapelle der Pfarrkirche vorziehen.

Obwohl Christine Helmer zusammen mit ihrer Tochter Sabine selbst in Dingolfing schon ein Seniorenwohnheim betreibt, hege sie großes Interesse an den Verhandlungen zwischen der Gemeinde und der Kirche in Gottfrieding. Sie äußerte Zweifel daran, dass die älteren Leute in anderen Heimen – außer ihrem – gut untergebracht seien. „Ich würde jedem raten, sich darüber zu informieren, was in einem Heim abgeht“, sagte sie. Akuter Personalmangel und schlechte Arbeitsbedingungen ließen die Leute reihenweise davonlaufen, so dass eine gute Versorgung nicht gewährleistet sei. Sie unterstellte, dass nicht viele der Anwesenden den Unterschied zwischen Träger und Investor kennen würden und stellte letztgenannten ein schlechtes Zeugnis aus. Genauso wie sie aus der Sicht des Bürgermeisters Rost haltlose Behauptungen aufstellte, die er sich strikt verbat. Es sei so, dass sie unlängst wegen eines Grundstücks für eine Tagespflegereinrichtung in der Gemeinde nachgefragt habe und ihr nach Abklärung aller Kriterien kein passendes angeboten werden konnte.

Lässt man jedoch eine mögliche Retourkutsche und jegliches Konkurrenzdenken außer Acht, wie es von den Anwesenden in die Aussage der Pflegeheim- und Ambulante

Pflegedienstbetreiberin Helmer hineininterpretiert wurde, so sei es doch so, dass sowohl Pflegeheime als auch ambulante Pflegedienste mit vielen Auflagen – wie zum Beispiel Zeitvorgaben, Dokumentation – einzuhalten haben, die eine optimale Pflege der Menschen behindert und oft schwer macht. Auch die Bezahlung und die Ausbildung sind Aspekte, wenn es künftig auch aufgrund der demographischen Entwicklung weniger Pflegekräfte gibt. Hier ist die Politik gefordert, entsprechende Verbesserungen herbeizuführen. Die Leidtragenden von Missständen sind nämlich immer die Pflegebedürftigen. Wenn dann sogar die Kirche sich nicht mehr verantwortlich fühlt, für sie einzutreten und sogar zukunftsweisende Angebote ausschlägt, dann sei es nicht verwunderlich, wenn mancher die Welt nicht mehr versteht: „Wer, wenn nicht die Kirche soll dann für die Alten da sein?“ so die Frage aus der Bürgerschaft Gottfriedings. Man forderte die Kirchenverwaltung auf, bei so einem wichtigen Projekt wie das Seniorenheim trotz Urlaub, Schichtdienst und anderer Verhinderungsgründe einen schnellen Termin anzustreben, wo sich alle – Gemeinde und Kirche – an einen Tisch setzen, um sachlich die jeweiligen Argumente darzustellen und zu diskutieren. Bei einem Grundstück von rund 11.000 Quadratmetern dürfte sowohl ein von der Kirche angeregtes Jugend- und Pfarrheim, als auch das von der Gemeinde vorgeschlagene Seniorenheim zu realisieren sein. Jung und Alt gehören zusammen wie das „Amen“ in der Kirche. Dazu gehört der Senior, genauso wie der Säugling. Persönliche Interessen und Aversionen seien dabei gänzlich zurückzustellen. Unklarheit vergiftet die Atmosphäre zwischen Gemeinde und Kirche immer mehr. Es müsse eine schnelle Entscheidung getroffen werden, damit der Investor sich nicht anders entscheidet und eine große Chance vielleicht wegen einiger weniger Kirchenverwaltungsmitglieder für immer vertan ist. Morgen, Donnerstag findet eine Versammlung des Pfarrgemeinderates und der Kirchenverwaltung statt, die eigentlich auch für die Gemeinderatsmitglieder zugänglich gemacht sein sollte.

Evi Lichtinger